

Männedörfler Nationalrätin bekämpft Mobbing im Netz

Wenzler Michel

Im Internet werden immer wieder Personen blossgestellt. Nationalrätin Barbara Schmid-Federer fordert Massnahmen.

Von Michel Wenzler

Männedorf. - Die Männedörfler CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer sagt öffentlichen Demütigungen im Internet den Kampf an. Sie hat diese Woche einen Vorstoss zum Mobbing im Internet - in den USA Cyberbullying oder Cybermobbing genannt - eingereicht. Der Bundesrat soll einen Bericht vorlegen, wie verbreitet Cyberbullying in der Schweiz ist und welche Massnahmen dagegen getroffen werden können. Denselben Vorstoss hat die CVP auch beim Zürcher Regierungsrat eingereicht.

Das Internet biete einen neuen Tatort für Gewalt, Mobbing, Psychoterror und Belästigung von Kindern und Jugendlichen, begründet Schmid-Federer ihr Postulat. Zum Beispiel würde das Verprügeln gleichaltriger Jugendlicher gefilmt und ins Internet gestellt, manchmal sogar Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen. In Chatforen würden Personen namentlich beleidigt. Die Betroffenen hätten zu wenig strafrechtliche Möglichkeiten, und es brauche präventive Massnahmen, sagt Barbara Schmid-Federer. Auch Erwachsene sind von Cyberbullying betroffen. Ein prominentes Beispiel publizierte die gestrige Onlineausgabe von «20 Minuten». Laut ihrem Bericht behauptet ein Mann auf der Onlineplattform Youtube, er habe Sex mit der Kolumnisten Michèle Roten gehabt, die für das «Magazin» des «Tages-Anzeigers» schreibt. «Den Typen habe ich nie gesehen», sagt dagegen Roten.

Opfer merken es erst viel später

Bei der Schweizerischen Kriminalprävention ist Cybermobbing schon länger bekannt. Unter Jugendlichen sei Mobbing kein neues Phänomen, sagt Leiter Martin Boess. Es habe schon immer Schüler gegeben, die andere belästigt oder schikaniert hätten. Neu sei hingegen der Kanal, den nun einige Jugendliche nutzen: «Das Mobbing ist nicht direkt, sondern erfolgt auf Distanz», sagt Boess. «Viele Opfer erfahren daher erst viel später davon.» Die Blossstellung im Internet sei zudem öffentlich und könne nicht so einfach rückgängig gemacht werden. Wenn ein Film weiterhin im Netz bleibe, nütze auch eine Entschuldigung des Täters nichts.

Viele Jugendliche, die Filme ins Internet stellen würden, seien sich der Konsequenzen nicht bewusst, glaubt Boess. Auch die Eltern wüssten oft nicht, was die Kinder im Netz machen. Im Umgang mit Cybermobbing empfiehlt die Fachstelle dieselben Verhaltenstipps wie beim Chatten (siehe Kasten).

Für die im letzten Jahr gewählte Barbara Schmid-Federer sind es die ersten Vorstösse, die sie als eidgenössische Parlamentarierin einreicht. Warum hat sie sich gerade für dieses Thema entschieden? Schmid-Federer löst gewissermassen ein Wahlversprechen ein. Im Wahlkampf hatten die Frauen der CVP mehrere Anlässe zu den Gefahren im Internet für Jugendliche organisiert. Auch die Elternbildung Erlenbach organisierte einen Informationsabend darüber (TA vom 1. 10. 07).

Erst im Wahlkampf sei sie auf das Problem aufmerksam geworden und über die Ausmasse erschrocken, die Cybermobbing annehmen könne, sagt Barbara Schmid-Federer. «So geht es vielen Leuten», erinnert sie sich an die Reaktionen an der Erlenbacher Veranstaltung. «Viele der Anwesenden waren entsetzt und fragten, weshalb dagegen nichts unternommen wird.»

Die Männedörflier Nationalrätin ist selber Mutter zweier Söhne und wohl auch deshalb sensibilisiert. Ihr bald 13-jähriger Sohn trifft sich mit Kameraden im Chatroom. Der jüngere Sohn, der 9 Jahre alt ist, darf dagegen nur in Ausnahmefällen ins Internet.

Die Männedörflierin will Familien nicht mit den Gefahren im Internet allein lassen. Da das Thema in der Schweiz bisher auf die lange Bank geschoben worden sei, habe sie beschlossen, etwas zu unternehmen. «In Deutschland ist man viel weiter», sagt sie. Mit der Studie zum Cyberbullying allein gibt sie sich deshalb nicht zufrieden. In einer Motion beauftragt sie den Bundesrat zusätzlich, ein «Massnahmenpaket gegen sexuelle Viktimisierung in Internet-Chatrooms von Kindern und Jugendlichen zusammenzustellen».

Regeln fürs Netz

Wenn Kinder oder Jugendliche im Internet auf Inhalte stossen, die sie verwirren oder erschrecken, sollen sie die Website verlassen und die Eltern informieren, empfiehlt die Schweizerische Kriminalprävention. Auch sollen sie nicht alles glauben, was jemand im Internet erzähle. Auf keinen Fall sollen sie auf E-Mails antworten, deren Inhalt sie irritiert, oder gar Personen treffen, die sie im Chat kennen gelernt haben. Auch sollen sie nicht ihre Adresse, Fotos von sich oder ihre Handynummer verschicken. (miw)

www.safersurfing.ch